

»Der Staat steht in der Pflicht, die Verbrechen aufzuklären«

50. Jahrestag des Putsches in Argentinien. Erinnerung, ausbleibende Gerechtigkeit, Angriffe der Milei-Regierung und persönliche Kämpfe. Ein Gespräch mit Miguel Santucho

Interview: Frederic Schnatterer

Am 24. März ist es 50 Jahre her, dass Militärs in Argentinien gegen die demokratisch gewählte Regierung von Isabel Perón putschten. Sie errichteten eine brutale Diktatur, die sich bis 1983 an der Macht hielt. Seit nunmehr 20 Jahren ist der 24. März als »Gedenktag für Wahrheit und Gerechtigkeit« ein nationaler Feiertag. Was erwarten Sie in diesem Jahr?

Zunächst einmal ist es natürlich ein besonderes Datum, ein runder Jahrestag. Das bedeutet automatisch mehr Aufmerksamkeit. 20 Jahre nach dem Putsch sind das erste Mal überhaupt Massen in Erinnerung an den Putsch und die Verbrechen der Diktatur auf die Straße gegangen. »Nie wieder« wurde zu einer Forderung der gesamten argentinischen Gesellschaft. Auch wenn der 24. März seit 2006 offiziell ein Feiertag ist, fahren wir an dem Tag nicht in den Urlaub, sondern verschaffen uns Gehör. In den letzten zwei Jahren hat sich die Lage zugespitzt. Seit Javier Milei im Amt ist, geht es am 24. März auch darum, uns gegen die Angriffe der Regierung zu verteidigen.

Welche Angriffe meinen Sie?

Sowohl Präsident Milei als auch seine Vize Victoria Villarruel legitimieren die Militärdiktatur. Sie stellen in Frage, ob im Rahmen der Diktatur tatsächlich 30.000 Personen gewaltsam »verschwunden« sind, also entführt und ermordet wurden. Sie nennen die Gewalt der Militärs Exzesse der Streitkräfte, obwohl die Justiz festgestellt hat, dass es sich um einen systematischen Plan zur Vernichtung der Opposition handelte. Diese Narrative sind extrem gefährlich.

Wie reagieren Menschenrechtsorganisationen wie die Abuelas de Plaza de Mayo auf derlei Attacken?

Wir konzentrieren uns rund um den diesjährigen 24. März auf zwei Themenfelder. Erstens sollen die »Verschwundenen« im Zentrum unserer Mobilisierungen stehen; alle 30.000 Genossinnen und Genossen, insbesondere jedoch diejenigen, die noch immer nicht gefunden wurden. Denn obwohl bereits 50 Jahre vergangen sind, wissen wir immer noch nicht, was mit allen geschehen ist. Der Staat steht weiter in der Verantwortung, diese Verbrechen aufzuklären.

Doch statt uns endlich zu sagen, wo die Verschwundenen sind, besitzen die Verantwortlichen heute die Dreistigkeit, ihre eigene Freiheit zu fordern. Dabei verbüßt der Großteil der Verurteilten seine Haftstrafe bereits heute im Hausarrest und nicht im Gefängnis.

Nun verbreitete sich kürzlich das Gerücht, die Milei-Regierung plane eine Begnadigung von Diktaturverbrechern. Könnte sie das überhaupt?

Das ist völlig verrückt. Juristisch gesehen wäre ein solcher Schritt meiner Meinung nach unmöglich. Hinzu kommt die politische Ebene. In der Vergangenheit sind Regierungen, die ähnliches vorhatten, daran gescheitert. Unter der Regierung von Mauricio Macri (2015 bis 2019, jW) gab es den Versuch, die Haftstrafen für Diktaturverbrecher zu reduzieren. Die Reaktion der argentinischen Gesellschaft war überwältigend: Innerhalb weniger Tage gingen in allen größeren Städten des Landes Menschenmengen auf die Straße.

Ich glaube also nicht, dass eine Begnadigung bevorsteht. Das bedeutet aber nicht, dass die Regierung nicht provozieren wird. Jedes Jahr veröffentlicht sie am 24. März Videos, mit denen die öffentliche Meinung beeinflusst werden soll. Manche Medien haben davon berichtet, dass sie plant, in den Videos Kinder von Verschwundenen zu Wort kommen zu lassen. Sie sollen schlecht über die bewaffneten Organisationen ihrer Eltern sprechen. Für mich ist das sehr schwer nachzuvollziehen. Es wäre ein Schlag unter die Gürtellinie. Letztlich wird darauf abgezielt, den Staatsterror gegen Mitglieder der Untergrundorganisationen zu rechtfertigen. Die Kinder der Opfer würden dafür nur instrumentalisiert.

Sie haben von zwei Themenfeldern gesprochen, die im Mittelpunkt der diesjährigen Mobilisierungen stehen sollen. Welches ist das zweite?

Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass es große wirtschaftspolitische Parallelen zwischen der Militärdiktatur und der Milei-Regierung gibt. Der Wirtschaftsplan ist nahezu identisch. Das Land wird systematisch deindustrialisiert, Arbeitsplätze werden vernichtet und öffentlich sichtbarer Protest wird unterdrückt. Die argentinische Wirtschaft wird auf die Interessen von außen und insbesondere der Vereinigten Staaten zugeschnitten.

Es ist kein Zufall, dass die Milei-Regierung darauf setzt, den Staatsterrorismus der Diktatur zu legitimieren und das Militär zu rehabilitieren. Sie verfolgt wirtschaftlich den gleichen Plan wie die Militärdiktatur. Dabei agiert sie im Interesse der USA und der Reichen und gegen die Interessen des argentinischen Volkes. Ich glaube, es geht hier nicht nur um Ideologie, sondern vielmehr um das Wirtschaftsprogramm, das dahintersteht.

Zuletzt wurde zum ersten Mal seit dem Ende der Diktatur ein Militär an die Spitze des Verteidigungsministeriums berufen. Welche Ziele verfolgt die Regierung mit derlei Maßnahmen?

Ihr geht es um Normalisierung. Seit der Rückkehr zur Demokratie 1983 verbietet das Gesetz zur inneren Sicherheit den Einsatz der Armee im Landesinneren. So soll verhindert werden, dass die Streitkräfte jemals wieder gegen Argentinier eingesetzt werden. Die Milei-Regierung würde das Gesetz am

lieben modifizieren. Denn es stehen Proteste an; ihr Wirtschaftsprogramm führt zu Armut und Elend. Die einzige Sprache, die die Regierung spricht, ist die der Repression. Uns erfüllt das mit großer Sorge. Wie weit werden sie dabei gehen, und wie können wir verhindern, dass sich die Geschichte wiederholt? Wir rufen dazu auf, die Augen zu öffnen und zu handeln, bevor es zu spät ist.

Im Unterschied zur Militärjunta der Diktatur ist die Milei-Regierung allerdings demokratisch legitimiert. Zuletzt wurde sie bei den Parlamentswahlen im Oktober 2025 sogar noch einmal an den Urnen bestätigt. Wie steht es heute um den gesellschaftlichen Konsens des »Nie wieder«?

Ich denke, das wird der 24. März zeigen. In den vergangenen Jahren waren die Demonstrationen zum Jahrestag des Putsches enorm. Wir hoffen, dass es in diesem Jahr noch mehr Leute werden. Natürlich hat die Parlamentswahl im Oktober der Regierung weiteres politisches Kapital verschafft. Trotzdem, das ist zumindest meine Interpretation, handelt es sich bei den Stimmen für das Projekt von Milei nicht um ein euphorisches Votum. Die Leute haben die Regierungsliste nicht gewählt, weil sie den Wandel unterstützen oder davon überzeugt sind, dass sich alles zum Besseren verändert. Vielmehr kamen die Stimmen aus einem Gefühl der Angst heraus – davor, dass es sonst noch schlimmer werden könnte.

Sie sind bei den Abuelas de Plaza de Mayo aktiv. Wie steht es um die Menschenrechtsorganisation gerade?

Wir stehen an einem Wendepunkt. Von den Müttern (Madres, *jW*) und Großmüttern (Abuelas, *jW*) der Plaza de Mayo sind noch genau drei übrig. Das heißt, dass die Aufgaben an neue Generationen weitergegeben werden müssen. Bei den Abuelas haben wir eine ganz praktische Aufgabe: Wir wollen die Enkel der Diktaturoper, die ihre wahre Identität nicht kennen, suchen und finden. Es sind immer noch 300 Menschen, die ihren Eltern während der Diktatur geraubt und an andere Familien übergeben wurden, und die ihre wahre Identität also nicht kennen.

Hinzu kommt ein weiteres Problem. Die Geschichte der Abuelas und allgemein der Menschenrechtsorganisationen ist eng mit der argentinischen Demokratie verbunden. In gewisser Weise wurden sie zum Symbol der Demokratie im Land. Heute, mehr als 40 Jahre nach dem Ende der Diktatur, ist das demokratische System, sagen wir mal, nicht mehr so beliebt. Deutlich macht das allein die Figur Milei. Er konnte mit der Behauptung die Wahlen gewinnen, er sei ein Outsider und werde den Staat zerschlagen.

Was meinen Sie damit, dass das demokratische System in Argentinien heute nicht mehr viele Anhänger hat?

Die Menschen sind müde, und zwar zu Recht. Das argentinische System der repräsentativen Demokratie ist total ineffizient. Abgeordnete, die auf dem Ticket von Oppositionsparteien gewählt wurden, stimmen für Gesetzesvorschläge der Regierung. Die großen Gewerkschaften vertreten die Arbeiter nicht. Wir befinden uns also inmitten einer Repräsentationskrise. Für uns in den Menschenrechtsorganisationen stellt das ein Problem dar. Von einem

Teil der Bevölkerung werden wir heute als Vertreter eben solcher Praktiken gesehen.

Nun galt Argentinien international jahrzehntelang als Vorzeigeland für die Aufarbeitung der Verbrechen der Militärdiktatur. Vor allem die Regierung von Néstor Kirchner und die von Cristina Fernández de Kirchner (2003 bis 2007 bzw. 2007 bis 2015, jW) hatten einen großen Anteil an der Entwicklung. Liegt auch in dieser großen Nähe zum Kirchnerismus eine der Ursachen dafür, dass die Menschenrechtsbewegungen heute wie von Ihnen beschrieben gesehen werden?

Ich bin in Italien im Exil aufgewachsen und kann daher mit der argentinischen Art, immer in großen Persönlichkeiten zu denken, nicht viel anfangen. Ich versuche, die Verdienste dort zu verorten, wo sie hingehören. Die Politik der Erinnerung, der Wahrheit und der Gerechtigkeit hat eine Geschichte, die deutlich vor dem Kirchnerismus beginnt. Sie ist das Resultat starker Bewegungen, die beispielsweise erreicht haben, dass Diktaturverbrecher vor Gericht gestellt werden.

Als der Staat diese Politik offiziell übernommen hat, hat das natürlich zu einer Legitimierung geführt und große Möglichkeiten mit sich gebracht. Weiteren Verantwortlichen wurde der Prozess gemacht, und sie wurden ins Gefängnis gesteckt. Das sogenannte Jahrzehnt der Erinnerung, der Wahrheit und der Gerechtigkeit war grundlegend für Fortschritte in vielen Bereichen. Die Menschenrechtsbewegung in Argentinien allerdings blickt auf eine 50jährige Geschichte.

Mit welchen Mitteln versucht die Milei-Regierung ganz konkret, die Erinnerungsarbeit der Menschenrechtsorganisationen zu erschweren?

Direkt mit Mileis Amtsantritt Ende 2023 wurden den Orten der Erinnerung, Wahrheit und Gerechtigkeit Gelder gekürzt. Wir bei den Abuelas suchen aktiv nach den Enkeln und Enkelinnen, die noch fehlen. Dafür verfügen wir über Teams von Forschern, von Anwälten und so weiter. Nach 30 Jahren Arbeit, in denen wir uns unabhängig finanziert hatten, bekamen wir später auch staatliche Zuwendungen. Das hat es möglich gemacht, dass wir uns auf das Kerngeschäft unserer Tätigkeit konzentrieren konnten.

Die Milei-Regierung hat diese Finanzierung gestrichen, das heißt, wir müssen schauen, wo wir die notwendigen Mittel herbekommen. Das hat zur Folge, dass rund die Hälfte unserer Mitglieder damit beschäftigt ist, Fonds und andere Mittel aufzutreiben, mit deren Hilfe wir über die Runden kommen können. Ein Forscher, dessen eigentliche Aufgabe darin besteht, die noch vermissten Enkelinnen und Enkel zu finden, muss jetzt den halben Tag nach Finanzierungsmöglichkeiten für die Organisation suchen. Das schränkt uns natürlich ein.

Zentral für die Arbeit der Abuelas ist außerdem eine Gendatenbank. Dort werden Blutproben Familienangehöriger aufbewahrt, die dann mit Genproben derer abgeglichen werden können, die Zweifel ob ihrer Identität haben. Es handelt sich um moderne Technologie, die heute in Gefahr ist, da die Regierung die Finanzierung gestrichen hat.

Zuletzt wurde immer wieder berichtet, die Regierung wolle auch inhaltlich in die Gedenkort zur Militärdiktatur eingreifen. Besonders emblematisch ist die ehemalige Mechanikschule der Marine, Ex-ESMA. In deren Offizierskasino wurden während der Diktatur rund 5.000 Menschen gefoltert und ermordet. Neben der Sicht von Überlebenden oder von Angehörigen der Ermordeten könnten fortan gleichberechtigt Opfer von bewaffneten Organisationen zu Wort kommen ...

Die Verfälschung der Geschichte ist tragisch. Es geht hier ja nicht darum, dass die eine Seite ihre Version der Dinge erzählt, und die andere eine ebenso legitime Interpretation der Ereignisse hat. Alles, was die Menschenrechtsorganisationen sagen, wurde von Gerichten bestätigt. Es handelt sich um Urteile, nicht um Meinungen. Wenn wir davon sprechen, dass es während der Diktatur einen systematischen Plan zum Raub von Kindern gegeben hat, dann ist das bewiesen. Wir spekulieren nicht oder erzählen, was uns gefällt. All das konnte bewiesen werden.

Ihre Mutter Cristina Navajas ist eine der 30.000 während der Diktatur »Verschwundenen«. Sie waren damals noch kein Jahr alt. Inwiefern war Ihre Biographie für Ihren Aktivismus zentral?

Ich kam 1975 in Buenos Aires zur Welt. Am 13. Juli 1976 wurde meine Mutter entführt, gemeinsam mit meinem Bruder, meiner Schwester, meiner Tante und einer weiteren Genossin der Revolutionären Arbeiterpartei, PRT. Mein Onkel Mario Roberto Santucho war Generalsekretär des PRT, weshalb unsere gesamte Familie Ziel der Repression war. Von den zehn Geschwistern Santucho, mein Vater war der jüngste, wurden fünf ermordet. Mehrere der anderen wurden ins Exil gezwungen oder verbrachten eine Zeit in Gefangenschaft.

Mein Vater war zum Zeitpunkt der Entführung meiner Mutter glücklicherweise im Ausland. Ich wurde außer Landes gebracht, lebte in Italien im Exil. 1985 kam ich das erste Mal wieder nach Argentinien. Auf dieser Reise erfuhr ich, dass meine Großmutter Nélica Navajas Teil der Abuelas de Plaza de Mayo war. Meine Mutter war zum Zeitpunkt ihrer Entführung im zweiten Monat schwanger gewesen, und meine Großmutter suchte nach dem Kind.

Wann sind Sie definitiv nach Argentinien zurückgekehrt?

Das war in den 90er Jahren. Das war eine schwierige Zeit, da ich mich mit der Familiengeschichte auseinandersetzte und versuchte, meinen Platz in der Welt zu finden. Plötzlich las ich Zeugnisse, in denen von Folter, von Vergewaltigungen und den furchtbarsten Dingen berichtet wurde. Ich fühlte mich wie in Dantes Inferno. All der Schmerz und das Leid, die ich irgendwie verdrängt hatte, waren auf einmal allgegenwärtig.

Glücklicherweise fand ich meinen Platz im Kollektiv der Kinder Verschwundener, HIJOS. Wir begannen, die Täter öffentlich mit sogenannten Escraches bloßzustellen. Wir machten darauf aufmerksam, dass in Argentinien weiter Straflosigkeit herrschte. Unser Aktivismus war erfolgreich und diente vielen als Beispiel. Mir persönlich hat er dabei geholfen, mich wieder als der Protagonist meines eigenen Lebens zu fühlen. In gewisser Weise hat mich das geheilt, nachdem ich so lange durch Scheiße tauchen musste.

Heute sitzen Sie im Vorstand der Abuelas. Wie kam es dazu?

2012 starb meine Großmutter. Kurz zuvor hatte sie mir einen Karton übergeben, in der all die Dokumente waren, die sie während ihres Aktivismus bei den Abuelas ansammelte. Darunter war auch ein von meiner Mutter handgeschriebener Brief von zwei Tagen vor ihrer Entführung. Aus dem geht hervor, dass sie zum Zeitpunkt ihrer Entführung wahrscheinlich schwanger gewesen war. Mit der Übergabe wollte meine Großmutter mir sagen: »Ich werde nicht weiter nach deinem Bruder suchen, das ist jetzt deine Aufgabe.«

Mehrere Jahre später saß ich dann im Vorstand der Abuelas. Und eine der wichtigsten Aufgaben, die ich übernehmen konnte, war davon zu erzählen, dass ich meinen Bruder suche. Dadurch werden andere ermutigt, auf die Organisation zuzukommen, sollten sie Zweifel an ihrer eigenen Identität haben. Für die Organisation ist es wichtig zu zeigen, dass die Suche nach den Enkeln weitergeht. Für mich war es trotzdem hart. Ständig zu erzählen, dass dir etwas fehlt, ist, als streue man die ganze Zeit Salz in die Wunde.

2023 haben Sie dann Ihren Bruder Daniel kennengelernt, den »Enkel 133«.

An dem Tag, an dem mein Bruder auftauchte, war all der Schmerz weg; es fühlte sich an, als erhielte ich nach all den Jahren des Leids nun endlich den Preis dafür. Die lange Suche ist der Grund dafür, dass wir heute eine so schöne Beziehung haben. Wir werden als Beispiel dafür gesehen, dass trotz allem auch noch schöne Dinge geschehen können. In den Menschenrechtsorganisationen wissen wir natürlich, dass uns immer noch 300 Enkel fehlen. Niemand ist wichtiger als der andere. Und ich werde natürlich weitersuchen, allerdings persönlich erleichtert.

Miguel »Tano« Santucho ist der Sohn von Julio Santucho und Cristina Navajas, beide Mitglieder der PRT-ERP (Revolutionäre Volksarmee). Cristina wurde nach dem Militärputsch entführt, als sie im zweiten Monat schwanger war, und später nach Geburt ihres Kindes ermordet. Miguel lebte zunächst mit seinem Vater im Exil, ehe er in den 1990er Jahren nach Argentinien zurückkehrte. Heute ist er Mitglied im Vorstand der Abuelas de Plaza de Mayo. 2023 lernte er seinen Bruder Daniel (r.)kennen.

<https://www.jungewelt.de/artikel/519610.lateinamerika-der-staat-steht-in-der-pflicht-die-verbrehen-aufzuklaeren.html>